

## MACHER &amp; MÄRKTE

## Kammern: Im Streit

Die Kritik von **Ludwig Georg Braun**, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK), an der rot-grünen Umweltpolitik hat zu heftigen Reaktionen im ökologisch orientierten Unternehmerlager geführt. **Gottfried Härle**, Inhaber einer Privatbrauerei und Vorstandsmitglied des Firmenverbandes **UnternehmensGrün**, kritisierte die »wahlkampfaktische Einmischung« des DIHK, der **Bundesverband der Erneuerbaren Energien** drohte sogar damit, dass seine Mitgliedsunternehmen ihre Zwangsbeiträge für die Industrie- und Handelskammern künftig nicht mehr bezahlen würden. Braun hat bemerkt, dass hiesige Unternehmen unter einer »Überfülle von Umweltvorschriften« litten. Außerdem hatte er Bund und Länder kritisiert, weil sie Vorgaben der EU »beinahe regelmäßig« zulasten der deutschen Wirtschaft verschärften.

Diese auch in einem Strategiepapier des DIHK fixierte Position widerspricht nach Auffassung der Berliner Rechtsanwälte **Geulen & Klinger** »diametral« der per Gesetz verordneten »Abwägungs- und Ausgleichspflicht« der Kammern; schließlich hätte die Umweltpolitik auch viele Unternehmen begünstigt. Die von der **Deutschen Umwelthilfe (DUH)** beauftragten Rechtskundler halten sogar Schadensersatzansprüche für denkbar.

Eine – nicht repräsentative – Blitzumfrage des **Bundesdeutschen Arbeitskreises für Umweltbewusstes Management** förderte überdies zutage, dass nur eine Minderheit der Unternehmer sich ausgerechnet über die vermeintlich »überbordende Umweltbürokratie« ärgert. Stattdessen sprach sich eine Mehrheit für ein »radikales Klimaschutzprogramm« aus. Dagegen heißt es in dem Strategiepapier des DIHK, die bisher gültigen klimapolitischen Ziele Deutschlands müssten »entfallen«.

M  
st  
z  
E  
s  
g  
C  
t  
r  
T  
c  
l  
s  
t  
l

vo